

Handelsblatt

DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG

Chefredakteur: Bernd Ziesemer
Stv. Chefredakteure:
Hermann-Josef Knipper, Peter Brors
Verantw. Redakteur Meinung & Analyse: Thomas Hanke
Leserbriefe: Redaktion Handelsblatt, Postfach 102741, 40018 Düsseldorf
E-Mail: hb.leserbriefe@vhb.de

Starke Einkäufer

Die EU-Kommission muss wettbewerbspolitisch umdenken, um die Gasversorgung zu sichern

HEINZ JÜRGEN SCHÜRMANN

Die Sicherheit der Gasversorgung ist Topthema auf der europäischen Agenda, denn die Abhängigkeit von Erdgasimporten wächst beträchtlich. Die Importquote könnte von heute mehr als 60 Prozent bis 2030 auf über 80 Prozent klettern. Die EU-Kommission schätzt, dass allein die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen um 40 Prozent in den kommenden 20 Jahren auf bis zu 60 Prozent klettert. Während Europas Gasbedarf allein bis 2020 um 25 Prozent zulegen könnte, dürften die Importe aufgrund rückläufiger Eigenproduktion sogar um 70 Prozent wachsen.

Die Sicherheit der Gasversorgung ist zum Topthema auf der europäischen Agenda geworden. Mitte November präsentierte Brüssel einen zweiten strategischen Energiebericht mit einer Fülle von Vorschlägen, um Europas Energieversorgung krisenfester zu machen. Das europäische Gasversorgungsnetz soll ausgebaut werden. Darüber hinaus soll die Diversifizierung der Gasbezugsquellen vorangetrieben werden. Die Botschaft ist eindeutig: Unerlässlich sind milliardenhochwertige Investitionsanstrengungen, um Europas Gasversorgung krisenfester zu machen. Außerdem wird festgestellt, dass Einkauferkartelle notwendig sind, damit die Investitionsrisiken überhaupt gestemmt werden können.

Nach wie vor strittig ist jedoch, wie die Gemeinschaft eine verbesserte Krisenvorsorge organisieren soll. Die Bundesregierung sieht die Energieversorger in privatwirtschaftlicher Verantwortung, neue Pipelines zu bauen, Terminals für verflüssigtes Erdgas zu errichten und weitere Speicherkapazitäten zu schaffen. Die Investitionen für eine krisenfestere Gasinfrastruktur dürften europaweit aber deutlich über 50 Milliarden Euro in der nächsten Dekade liegen. Die von der EU-Kommission angekündigten Finanzierungshilfen für eine verbesserte Erdgasinfrastruktur von 3,5 Milliarden Euro stellen somit nur einen Tropfen auf einen heißen Stein dar. Die Gemeinschaft

hat weder die Gelder noch die Instrumente für eine flexiblere Erdgasversorgung.

Eine koordinierte Bevorratungsstrategie wie beim Öl wird als ineffiziente Option bewertet, da einzelne Mitgliedsländer vollständig von auswärtigen Gaslieferungen abhängig sind. Doch könnten größere Speicherkapazitäten als Ausgleichspuffer dienen, um kurzfristige Versorgungsstörungen wie bisher in der Regel bei russisch-ukrainischen Streitigkeiten auszubalancieren. Würde gleichzeitig das europäische Gasversorgungsnetz ausgebaut, könnten die zusätzlichen Gasspeicher dort errichtet werden, wo die geologischen Voraussetzungen besonders günstig ausfallen.

Ein totales Umdenken ist in Brüssels Wettbewerbspolitik erforderlich. Das wettbewerbspolitische Unbundling-Konzept der Kommission, also die Heraustragung der Transportsysteme aus dem Gasgeschäft, schwächt Europas Energiekonzerne. Die Bereitschaft zur Übernahme kapitalintensiver Engagements mit langer Amortisationsdauer wird geringer. Nur wenn öffentliche Investitionsbeihilfen gewährt werden, sind die Nutzungsprivilegien für die Investoren entsprechend abzuschwächen. Schließlich muss die Kommission auch ihre wettbewerbspolitischen Beanstandungen der Ölpreisklauseln in den Gaseinkaufsverträgen überprüfen. Am ehesten werden die Europäer dann erfolgreich neue Gasanbieter gewinnen, wenn die Gasimporteure in ihren Verhandlungen ohne preispolitische Restriktionen verhandeln können.

Die höchst unvollkommenen Weltgasmärkte mit hohen Konzentrationen des Angebots, der Gefahr von Kartellierungen und dem wachsenden Gewicht von Staatsgesellschaften machen es erforderlich, dass die europäischen Einkäufer als große, vertikal integrierte Unternehmen in privatwirtschaftlicher Eigenverantwortung antreten können. Dann gelingen auch die milliardenhohen Vorlaufinvestitionen, um die Versorgungsquellen stärker zu diversifizieren.
hj.schuermann@handelsblatt.com

ZAHLENSALAT

Die vergewaltigte Quote

HANS WOLFGANG BRACHINGER | UNIVERSITÄT FRIBOURG

Auf kaum eine Zahl starren Medienschaffende so hypnotisiert wie auf die Quote. Neuerdings auch Ministerpräsident und ZDF-Verwaltungsrat Roland Koch. „Bittere“ Zahlen konstatiert er da: Die Heute-Sendung sei 2008 erstmals von RTL-Aktuell überholt worden, liege also hinter der Tagesschau und der RTL-Sendung nur noch auf Platz drei. Das Heute-Journal habe zehn Prozent seiner Zuschauer verloren. Das sind Fakten, an denen man nicht vorbeikommt. Diese Zahlen lassen sich nicht wegreden.

Tatsächlich nicht? RTL-Aktuell hatte 2008 im Jahresdurchschnitt 3,73 Millionen Zuschauer, während die Heute-Sendung nur auf 3,72 Millionen kam. Die Tagesthemen lagen bei 2,26 Millionen und damit ganz knapp über dem Jahresdurchschnitt 2002. Das Heute-Journal hat zwar gegenüber 2002 an Reichweite verloren, erreicht aber im Jahresdurchschnitt 2008 immerhin 3,33 Millionen – deutlich mehr als die Tagesthemen. Diese Zahlen sprechen nur scheinbar eine so deutliche Sprache, wie es Herr Koch gerne hätte. Das Problem ist nur, dass diese Daten auf wackeligen Stichproben beruhen. Es bleibt unklar, was da eigentlich gemessen wird.

Die Reichweiten sind Hochrechnungen, die auf einer Stichprobe von 5 640 Haushalten beruhen. Mit dieser Schätzung soll die Fernsehnutzung von 72,20 Millionen Personen abgebildet werden. Die Reichweiten enthalten also einen beachtlichen Stichprobenfehler. Wie groß der ist, weiß niemand so genau. Jedenfalls ist der Unterschied zwischen den Reichweiten von Heute-Sendung und RTL-Aktuell keineswegs signifikant. Der Vergleich der Marktanteile von Heute-Journal und Tagesthemen ist unsinnig, weil beide Sendungen zu verschiedenen Zeiten ausgestrahlt werden.

Was erfasst wird, ist die Bereitschaft, sich in einem bestimmten Zeitfenster der Woche eine Sendung anzuschauen. Der Rückschluss auf die Qualität der Sendung ist unzulässig. Hört also auf, die Quote zu vergewaltigen.
gastautor@handelsblatt.com

GRIECHENLAND

Athen muss handeln

Hilfen darf Griechenland nur erwarten, wenn es Reformen zügig umsetzt

GERD HÖHLER | ATHEN

In der EU hat der konservative Premier Kostas Karamanlis zurzeit keinen leichten Stand. Weil Griechenland 2009 bereits im dritten Jahr in Folge bei den Defizitvorgaben des Stabilitätspakts die Latte reißen wird, kommt das Land jetzt unter die Kuratel eines EU-Defizitverfahrens – bereits zum zweiten Mal seit dem Beitritt zur Währungsunion 2001. Wenn die Athener Regierung jetzt nicht in der Finanzpolitik das Ruder herumwirft, droht dem Land ein Desaster.

Die Finanzmärkte strafen Griechenland für die unsoliden Finanzpolitik der vergangenen Jahre und den Reformstau mit Rekord-Risikozuschlägen für seine Staatsanleihen ab. Kein anderes Land der Euro-Zone – außer Malta – muss seine Staatsschuld zu so ungünstigen Konditionen refinanzieren wie Griechenland. Nicht einmal Italien, das noch höher verschuldet ist. Die hohen Spreads, die in den vergangenen Tagen zeitweilig mehr als 300 Basispunkte über dem Realzins der vergleichbaren Bundesanleihe lagen, zeigen die Zweifel der Anleger an der Kreditwürdigkeit des Landes. Die Risikozuschläge verteuern die Kreditaufnahme und lassen den Schuldenberg noch schneller anwachsen, was wiederum die Bonität zusätzlich strapaziert: ein gefährlicher Teufelskreis.

Der griechische Zentralbankgouverneur George Provopoulos warnt bereits: Wenn die Athener Regierung der Versuchung erliegen sollte, ihre Finanzpolitik zu lockern, drohe dem Land der Staatsbankrott. Das ist nicht

der einzige Alarm. Auch EU-Wirtschaftskommissar Joaquín Almunia warnte jetzt: Griechenland habe keinen Spielraum für finanzpolitische Zugeständnisse. Und die Analysten der Schweizer Bank Credit Suisse diagnostizierten diese Woche, kein anderes Euro-Land habe so tiefgreifende strukturelle Probleme wie Griechenland.

Ein Indikator dafür ist das horrenden Leistungsbilanzdefizit, das rund 13 Pro-

zent vom Bruttoinlandsprodukt ausmacht. Es spiegelt die schlechte internationale Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft. Die seit fünf Jahren amtierende konservative Regierung ist aber nicht nur viele ihrer Reformversprechen schuldig geblieben. Sie macht sich auch immer noch ein geschöntes Bild der Lage: während die griechische Zentralbank für 2009 mit einem Wirtschaftswachstum von allenfalls 0,5 Prozent rechnet und die meisten unabhängigen Analysten sogar von einem Rückgang der Wirtschaftsleistung ausgehen, setzt Finanzminister Giannis Papanastasiou in seinem jüngst überarbeiteten Budget immer noch ein Plus von 1,1 Prozent an.

Schon jetzt ist absehbar, dass der Haushalt im Laufe des Jahres aus den Fugen geraten wird. Die ersten Anzeichen sind bereits da: Mindestens fünf öffentliche Rentenkassen stehen kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Der Finanzminister muss schnellstens mehrere Milliarden zuschießen, wenn die Pensionen überwiesen werden sollen.

Die Finanzmärkte strafen das Land für die unsoliden Politik der letzten Jahre ab.

Kredit in der Rahmen einer Umschuldung, sei es doch noch mit einer gemeinsam aufgelegten Euro-Anleihe, gegen die sich allerdings bisher vor allem Peer Steinbrück aus guten Gründen sperrt.

Für Deutschland ist dieses Dilemma besonders ärgerlich. Es hat nicht nur in den vergangenen Jahren seine Staatsfinanzen unter großen Opfern in Ordnung gebracht. Die deutschen Steuerzahler haben auch seit Jahrzehnten über die Brüsseler Fördertöpfe Zahlungen in zweistelliger Milliardenhöhe an schwächere EU-Länder geleistet. Nun soll Deutschland erneut zur Kasse gebeten werden.

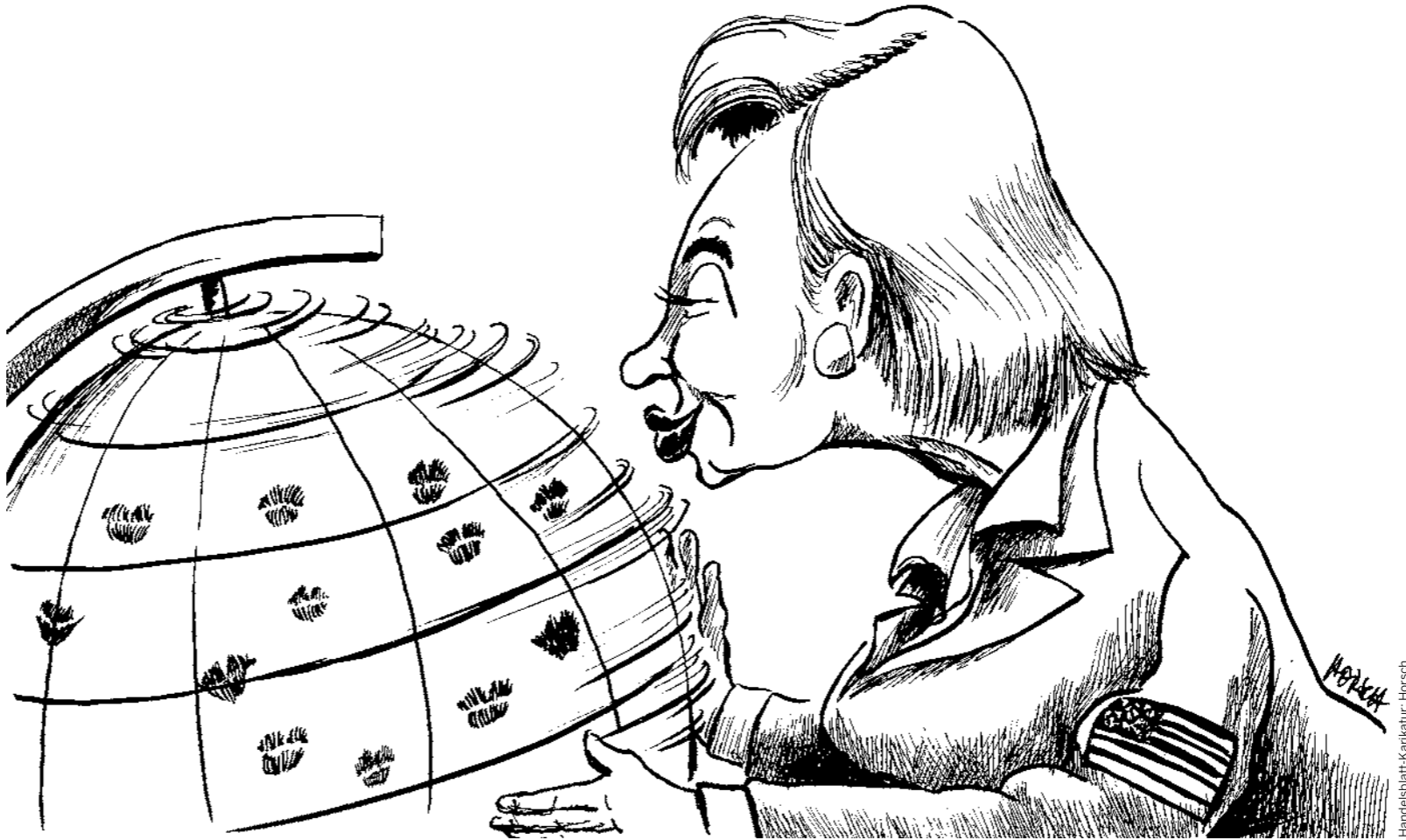
Der Fall Griechenland ist besonders krass. Nicht nur sind hier viele EU-Gelder in dunklen Kanälen versi-

ckert. In Athen scheint sich auch nie die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass die Mitgliedschaft in der Währungsunion neben Vorteilen wie niedrigen Zinsen und stabilen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch Verpflichtungen beinhaltet wie das Bemühen um Preisstabilität und Schuldenabbau. Kein anderer Staat hat die Vorgaben des EU-Stabilitätspakts so nachhaltig ignoriert wie Griechenland.

Deshalb müssen die jetzt diskutierten Hilfen an strikte Bedingungen geknüpft werden. Die Athener Regierung muss ihre seit Jahren gebetsmühlenartig wiederholten Sparversprechen endlich einlösen, die wuchernde Staatsbürokratie stutzen und die defizitären Staatsbetriebe sanieren. Sie muss das verkrustete Arbeitsrecht reformieren, die Steuergesetze vereinfachen, Steuerhinterziehung und Korruption wirksam bekämpfen, um Investitionen zu erleichtern. Und sie muss die marode Sozialversicherung von Grund auf umbauen.

Hier tickt die gefährlichste Zeitbombe: Wird bei den Rentenkassen weiter gewirtschaftet wie bisher, könnte die Staatsverschuldung in den nächsten 40 Jahren auf 540 Prozent des Bruttoinlandsprodukts explodieren. Bisher scheute Ministerpräsident Karamanlis die notwendigen Reformen, um politischen und sozialen Konflikten aus dem Weg zu gehen. Aber nur wenn der Athener Premier diese Aufgaben jetzt endlich entschlossen anpackt, kann Griechenland das erschütterte Vertrauen der Finanzmärkte zurückgewinnen.

hoehler@handelsblatt.com



DER ÖKONOMISCHE GASTKOMMENTAR

Der EU-Stabilitätspakt ist unglaublich

In den vergangenen zehn Jahren haben viele Länder gegen Auflagen verstoßen, ohne Sanktionen fürchten zu müssen

Drei bis vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland, fünf bis sechs Prozent in Frankreich, rund zwölf Prozent in den USA: Die staatlichen Budgetdefizite explodieren, und die Besorgnis darüber nimmt zu. Die Konjunkturprogramme sind gerade erst beschlossen worden – müssen wir trotzdem schon jetzt unmittelbar neue Sparanstrengungen unternehmen?

Das wäre ein schwerer Fehler. Die jüngsten Daten zeugen von einem schnellen und heftigen Abschwung in Europa, genau wie in den USA, wo der Kongress soeben ein massives Konjunkturprogramm beschlossen hat. In diesem Jahr wird dieses Paket einen positiven Wachstumsimpuls von rund zwei Prozentpunkten des BIP auslösen. Doch die europäischen Programme sind wesentlich schwächer.

Die EU-Kommission beziffert sie auf drei bis vier Punkte des BIP, doch auf diese Werte kommt sie nur, indem sie auch die öffentlichen oder quasi-öffentlichen Darlehen einrechnet

und die automatischen Stabilisatoren (steuerliche Minderbelastungen und höhere staatliche Ausgaben, die sich zwangsläufig aus der Krise ergeben). Die Darlehen allerdings ersetzen lediglich ausfallende private Kredite, und die Stabilisatoren erlauben nur, den Schock etwas abzufedern, sie liefern keinen belebenden Impuls.

Eine realistische Schätzung beziffert für 2009 den tatsächlichen Effekt der europäischen Konjunkturprogramme auf 0,9 Punkte des BIP. Das reicht nicht, zumal die geplanten Infrastrukturprojekte, auf die viele Staaten setzen, nur langsam in Gang kommen. In Deutschland etwa wird der größte Teil der Ausgaben erst ab dem Sommer 2009 wirken.

Der Unterschied zwischen den USA und der EU geht nicht auf die ursprüngliche Verschuldung zurück. Sie ist in beiden Fällen nahezu gleich. Der Grund ist die europäische Zersplitterung. Sie lässt jedes Land heimlich darauf hoffen, dass seine Nachbarn die Ausgaben steigern. (Wie es in naiver Offenheit ein irischer Minister gesagt hat: „Die beste Konjunktur-

förderung ist die unserer Partner, sie stärkt unsere Exporte und kostet uns nichts.“) Die Zersplitterung setzt die Länder, deren öffentliche Finanzen problematisch sind, dem Misstrauen der Märkte aus.

Griechenland und Irland müssen hohe Aufschläge zahlen, um ihre



JEAN PISANI-FERRY

leitet Europas ökonomischen Think-Tank „Bruegel“ in Brüssel.

Staatsanleihen zu platzieren. Italien ist in einer solchen Zwangslage, dass es kein Konjunkturprogramm beschlossen hat. Attentismus und Unsicherheit erklären, warum weder Deutschland, das es könnte, noch Italien, das es wollte, mehr für die Konjunkturstimulierung tun.

Um aus dieser Klemme zu kommen, müssten alle Länder teilneh-

men, unter der Bedingung, dass die am stärksten verschuldeten sich zu einer massiven Sanierung verpflichten, sobald das Wachstum wiederkehrt. Die richtige Haushaltspolitik besteht derzeit darin, heute die Ausgaben zu steigern (oder die Steuern zu senken), die Konjunktur zu stützen und gleichzeitig für Sicherheit zu sorgen, indem heute schon Sparprogramme für morgen beschlossen werden. Stabilisierung heute und Haushaltssanierung morgen ergänzen sich.

Das Problem besteht darin, dass die Versprechen der Regierungen nicht glaubwürdig sind. Und trotz des komplexen Apparates von Kriterien und Verfahren, den man Stabilitäts- und Wachstumspakt nennt, ist es die europäische Überwachung auch nicht. Alle französischen Regierungen der letzten zehn Jahre haben so getan, als verpflichteten sie sich gegenüber ihren Partnern auf einen ausgeglichenen Haushalt, und die haben so getan, als glaubten sie es.

In Griechenland sieht man nicht die Zukunft durch eine rosarote

CDU

Die unbequeme Kanzlerin

PETER MÜLLER

Die Union ist erkennbar unzufrieden mit ihrer Kanzlerin – wieder einmal. Nur noch 32 Prozent in den Umfragen für CDU und CSU, damit liegt die Union gerade mal fünf Prozentpunkte vor der schon als Verliererin der Bundestagswahl abgestempelten SPD – trotz Kanzlerbonus. Die Rufe, die Angela Merkel entgegenzuschallen, sind altbekannt: Sie müsse stärker führen, sich mehr um das eigene Profil kümmern, für mehr Union im Auslaufmodell der Großen Koalition sorgen.

Doch sind diese Ratschläge zu diesem Zeitpunkt wirklich zielführend? Oder liegt Merckels Chance auf einen Wahlsieg nicht längst darin, in den nächsten Monaten zu demonstrieren, dass sie das Land notfalls gnadenlos pragmatisch durch die Krise zu steuern versteht?

Richtig ist zunächst, dass die schlechten Umfragewerte das direkte Resultat mehrerer Entscheidungen sind. Dass Angela Merkel, „die Protestantin aus dem Osten“, wie sie in der westdeutschen CDU noch viele nennen, es für nötig befunden hat, Papst Benedikt wegen dessen Einstellung zum Holocaust öffentlich zu ermahnen, empfinden Katholiken vom Rheinland bis nach Niederbayern als Zumutung.

Auch die Konservativen kehren Merkel den Rücken. Aus ihrer Sicht hat sich die Kanzlerin zu spät hinter die Nominierung Erika Steinbachs für den Beirat der von ihr initiierten Vertriebenen-Stiftung gestellt. Die Angst vor diplomatischen Verwicklungen mit Polen, die erkennbar Merckels Handeln bestimmte, ist für sie kein ausreichender Grund, eine verdiente Parteifreundin in Stich zu lassen.

Schwieriger ist die Gemengelage in der Wirtschaftspolitik. Natürlich verlangt die Krise, verlangen die Rezepte zu ihrer Behebung Unionsanhängern einiges ab. Staatliche Interventionen hin bis zur Enteignung von Aktionären im Extremfall werden beschlossen, Beteiligungen an Unternehmen wie Opel sind für manche kein Tabu mehr. Die Folge, so die gängige Lesart: Wirtschaftspolitisch enttäuschte Wähler wenden sich von der Union ab, gehen zur FDP.

Sicher spricht einiges für diese Erklärung. Doch wären die Einbrüche für die Union, die Partei der kleinen Angestellten und Handwerker, nicht dramatischer, wenn Merkel Hilfen beispielsweise für Opel aus ordnungspolitischen Gründen glatt ablehnen würde? Ein genauer Blick in die Umfragen bringt eine überraschende Zahl zutage: Auch 60 Prozent der Unionswähler erwarten, dass der Staat Opel hilft.

Merckels Wähler finden ihre Kritik am Papst unverschämte, ihre fehlende Unterstützung für Steinbach feige, aber sie wollen keine Kanzlerin, die zulässt, dass 25 000 Menschen arbeitslos werden. Das wird die eigentliche Herausforderung für Angela Merkel im Wahljahr.
p.mueller@handelsblatt.com